



Personalratswahlen 2020

Eure Stimme zählt – Wertschätzung einfordern, Probleme klar benennen und nachhaltig für Lösungen eintreten!



Die Personalratswahlen finden in diesem Jahr am **10. und 11. März** statt. Die vergangene Wahlperiode hat auf vielen

Ebenen gezeigt, dass es notwendig ist, dass eine Personalvertretung noch deutlicher und zielorientierter agiert. Grundsätzlich müssen die Kerninhalte der Personalvertretung, nämlich Besoldung und Versorgung, Ausstattung, Arbeitsschutz, Arbeitssicherheit und Personal im Fokus stehen. Darüber hinaus werden uns in der Zukunft weiterhin die Themenbereiche Digitalisierung und Modernisierung, Infrastruktur, gesellschaftlicher Wandel und auch der Bereich rund um das Klima und seine Folgen beschäftigen. Dies benötigt aktives Mitwirken engagierter Kolleginnen und Kollegen und kann nicht nur aus der Zuschauerrolle geschehen. Wir wollen den Themenfeldern deutlich mehr Schwung verleihen!

Impressum:

Redaktion: Thomas Plate (v. i. S. d. P.)
Plater Blick 8
29439 Lüchow
Tel. 05841.6618
Mobil: 0151.67500881
E-Mail: thomas.plate@dpolg.org
Landesgeschäftsstelle:
Sedanstraße 18
30161 Hannover
Tel. 0511.34097-0
Fax 0511.34097-34
Geschäftszeiten: Montag bis
Donnerstag 9.00 bis 13.00 Uhr
und 15.00 bis 16.00 Uhr,
Freitag 9.00 bis 12.00 Uhr
ISSN 0937-485X



Deshalb zählt **Eure Stimme, Eure Meinung, Euer Unmut** – damit wir, die DPoIG Niedersachsen, uns mit unseren Vertretern sowohl auf örtlicher Ebene als auch im Hauptpersonalrat konstruktiv und proaktiv einbringen können!

Wir sehen, dass durch das steti-ge Mitwirken der DPoIG beispielsweise bei der Bundespolizei oder aber auch im Freistaat Sachsen die Ruhegehaltsfähigkeit wieder zurückgewonnen werden konnte. Es lohnt sich also, keine Ruhe zu geben, denn Stillstand ist immer auch gleichbedeutend mit Rückschritt.

■ Unsere Kernforderungen

- > Weitere Intensivierung von Stellenhebungsprogrammen
- > Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage
- > deutliche und wertschätzende Anhebung des DuZ
- > nachhaltige Anpassung der Einstellungszahlen: kein bloßer Personalnachersatz, sondern angepasste Einstellungen an die gewachsenen Aufgabenfelder
- > Investitionen in die Infrastruktur: Dienstgebäude, digitale Infrastruktur, Gesundheitsschutz
- > angemessene Ausstattung, wie zum Beispiel mit Distanzelektroimpulsgeräten (DEIG/Taser)

Niedersachsen steht im Jahr 2021 vor Landtagswahlen. Wir wollen bereits in diesem Jahr den Grundstein für eine nachhaltige und stärker mitarbeiterorientierte Polizeipolitik legen. Hierzu stehen wir in intensivem Austausch und sachlichen Gesprächen mit dem Innenminister, den Polizeiführern und den Fraktionen im Landtag. Die DPoIG Niedersachsen bleibt nach wie vor **am Puls der Zeit** und setzt sich kontinuierlich und gewissenhaft für Eure Interessen ein.

Daher wählt Eure Kandidatinnen und Kandidaten der DPoIG und überzeugt bitte auf den Dienststellen auch Eure Kolleginnen und Kollegen, der DPoIG ihr Vertrauen zu schenken!

Ganz oben in der Top 10 der Berufswünsche liegt bei Kindern und Jugendlichen nach wie vor der Polizeiberuf – das ist gut so! Wir haben einen einzigartigen Beruf, der häufig keine Pauschallösungen verträgt. Wir brauchen passende Lösungen für die unterschiedlichsten Problembereiche.

Daher gilt es anzupacken. Es ist nicht alles schlecht, aber vieles kann und muss verbessert werden!

Mit Eurer Unterstützung – gemeinsam stark!

Euer Patrick Seegers



Veränderungsmitteilungen

Änderungen einfach online mitteilen

Die neue Homepage bietet auch die Möglichkeit, Euren Mitteilungsverpflichtungen einfacher nachzukommen. Unter Mitgliedschaft/Änderungsmitteilung öffnet sich

eine Seite, die direkte Eintragungen ermöglicht. Natürlich ist das auch weiterhin schriftlich an die Landesgeschäftsstelle möglich, was aber zeitaufwendiger sein dürfte.

- > Amtsbezeichnung
- > Elternzeit/ Teilzeitbeschäftigung
- > Private Anschrift
- > Bankverbindung
- > E-Mail-Adresse

- > Heirat/Nachname
- > Altersteilzeit/ Versetzung in den Ruhestand
- > Um-/Versetzung
- > Ende der Anwärterzeit

AK Familie und Gleichstellung

Sitzung in Hannover

Am 30. Januar 2020 fand eine Sitzung des Arbeitskreises (AK) Familie und Gleichstellung in der Landesgeschäftsstelle in Hannover statt. Es waren alle Direktionsverbände (DV) mit Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern des Arbeitskreises vertreten. Für den DV Hannover nahm Christiane Hoffmann, für den DV Oldenburg Hermann Pille, für den DV Osnabrück Dirk Hafemann, für den DV Lüneburg Carla Eggerslüß und Antje Freudenberg, für den DV Braunschweig Angelika Moldenhauer, für die ZPD Stefanie Reimann und für den DV Göttingen Sarah Baschin teil. Deborah Hildebrandt be-

grüßte als zuständiges Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands (GLV) zunächst die Anwesenden. Im Rahmen der Sitzung verabschiedete sich Hermann Pille aus gesundheitlichen Gründen als Vorsitzender des AK. Deborah Hildebrandt dankte ihm für sein Engagement in den letzten Jahren. Hermann Pille wird dem AK weiterhin als Vertreter des DV Oldenburg erhalten bleiben. Als zukünftige Vorsitzende des AK wurde Sarah Baschin von den Teilnehmenden der Sitzung gewählt. Sie engagiert sich auch im Dienst als hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte der Polizeidirekti-



> Deborah Hildebrandt, Sarah Baschin, Hermann Pille (von links)

on Göttingen und freut sich auf die Aufgabe, diese Anliegen in der DPoIG vertreten zu dürfen. Der Landesvorsitzende Patrick Seegers begrüßte im Laufe der Sitzung alle Anwesenden und berichtete zu aktuellen Themen. Des Weiteren

wurden von den Vertreterinnen und Vertretern des AK erste Ideen zu Themen entwickelt, die in der Zukunft vorangetrieben werden sollen. Eine nächste Sitzung findet im September statt.

Sarah Baschin

Ruhestand

Informationsveranstaltungen des NLBV 2020

Das Niedersächsische Landesamt für Bezüge und Versorgung (NLBV) bietet Ruhestandsbeamtinnen und Ruhestandsbeamten 2020 folgende Informationsveranstaltungen an.

- > **Braunschweig, Bienroder Weg 84, Raum BI 84.2, Technische Universität Braunschweig**
Mittwoch, 18. März 2020, 10 Uhr
- > **Osnabrück, Seminarstraße 20, Gebäude 15, EW, Raum 15/E07, Universität Osnabrück**
Mittwoch, 25. März 2020, 10 Uhr
- > **Lüneburg, Auf der Hude 2, Sitzungssaal 1, Behördenzentrum**
Mittwoch, 10. Juni 2020, 10 Uhr

- > **Oldenburg, Tappenbeckstraße 1, Großer Sitzungssaal, ehemaliges Landtagsgebäude**
Mittwoch, 24. Juni 2020, 10 Uhr
- > **Hannover, Ricklinger Stadtweg 1, Oberer Saal, Freizeithaus Ricklingen**
Mittwoch, 30. September 2020, 10 Uhr

Das NLBV bittet um Beachtung von Ankündigungen in der Tagespresse.

Quelle: https://www.nlbv.niedersachsen.de/bezuege_versorgung/versorgung/informationsveranstaltungen/informationsveranstaltungen-zur-versorgung-68467.html



Taktische Einsatzmedizin/Sicherheitsequipment

Welche Einsatzmittel braucht die Polizei?

Die Kolleginnen und Kollegen der Einsatz- und Streifendienste (ESD) sind die ersten Kräfte vor Ort (First Response), deren Aufgabe es ist, um sich schießende Täter zu stoppen. Sie müssen dort lange allein agieren, bis sie von Spezialkräften unterstützt oder herausgelöst werden können. Es wurden in den ESDen die Notfallpacks für lebensbedrohliche Einsatzlagen verteilt. Eine Mannausstattung ist nach wie vor nicht vorgesehen.

Am 1. Dezember 2016 hatte unser damaliger Landesvorsitzender Thomas Kliewer in einem Brief an Innenminister Pistorius darauf aufmerksam gemacht, dass die vorhandenen Erste-Hilfe-Sets bei Terrorlagen nicht ausreichen. Unter dem Stichwort „Taktische Einsatzmedizin“ mahnte er die Beschaffung von entsprechenden Materialien an. Im März 2017 dankte Herr Pistorius für das Schreiben der DPolG und teilte deren Auffassung, dass nach den Anschlägen von Paris, Nizza und Berlin Handlungsbedarf besteht. Seit einigen Antiterrorübungen in den vergangenen Monaten in Bahnhöfen wissen wir, dass ein Großteil der ersteingesetzten Beamtinnen und Beamten sehr schwer verletzt oder sogar getötet wird, wenn sie ungeschützt sind und die Täter über Waffen verfügen, gegen die die Schutzausstattung nicht ausreicht. In den unmittelbaren Kontaktbereich zwischen Terroristen und den Kolleginnen und Kollegen darf die Polizei ungeschützte Rettungssanitäter und Ärzte nicht hineinlassen. Das bedeutet, dass schwer verletzte Polizeibeamte und Passanten von den, ebenfalls im Antiterrorereinsatz befindlichen Polizeibeamten versorgt werden müssen, bis sie aus der Gefahrenzone geborgen werden und sich Ärzte und Rettungssanitäter um sie kümmern können.

Die benötigten Notfallpacks mit Tourniquet, Israeli-Bandage und Thorax-Pflaster wurden verteilt. Im militärischen



> Das ausgelieferte Notfallpack

Bereich und bei den polizeilichen Spezialkräften handelt es sich um eine Mannausstattung. Im Bereich des Alltagsdienstes wurden offenbar Kosten gescheut und es wurden nur wenige Exemplare der Notfallpacks beschafft. Durch die Lagerung im Fahrzeug müssen sie, anders als bei einer Mannausstattung, wie alle anderen Einsatzmittel erst aus den „Tiefen des Kofferraums“ hervorgeholt werden. Das kostet Zeit, die man bei einer lebensbedrohlichen Einsatzlage nicht hat. Der Einsatz der Notfallpacks soll in den Schulungen „Besondere Lagen“ geübt werden. Das ist auch dringend erforderlich, weil diese speziellen Hilfsmittel sachgemäß angewendet werden müssen. Lieferanten solcher Packs fordern eine fundierte Ausbildung daran. Mindestens zweimal im Jahr sollte das Anlegen des Equipments geübt werden. Aber es fehlt an Übungsmaterial und an geschulten Kolleginnen und Kollegen mit Ausbildung zu Rettungssanitätern sowie deren Fortbildung.

Es besteht bei Ausstattung und Schulung erheblicher Nachbesserungsbedarf:

- > Mannausstattung mit Notfallpacks in den Einsatz- und Streifendiensten und Polizeistationen
- > Beschaffung einer ausreichenden Anzahl an Übungs-Notfallpacks
- > Ausbildung weiterer Kolleginnen und Kollegen zu Rettungssanitätern und deren Fortbildung mit den Schulungskomponenten: Tourniquet, Israeli-Bandage, Thorax-Pflaster
- > Schulung der Beamten zweimal pro Jahr im Gebrauch des Tourniquets und der Israeli-Bandage
- > Beschaffung weiterer Sicher-

heitsprodukte, so fehlen in den Streifendiensten noch immer ballistische Schutzhelme, die eigentlich bei jedem Einsatz, bei dem Täter über Schusswaffen verfügen, erforderlich sind

- > Eine bessere Ausstattung der SET-Stützpunkte mit Sachmitteln und aktuell dringend mit FX-Maschinenpistolen (MP 5)
- > Ablösung der zum Teil 60 Jahre alten Maschinenpistolen – MP 5 – durch zum Beispiel die MP 7
- > Beschaffung von zwei Präzisionsgewehren für jede „24/7-Wache“
- > Beschaffung von neuen Sonderwagen, die alten SW 4 sind mittlerweile auch seit 40 Jahren im Einsatz

Und dann wünschen wir uns nach dem Motto „neue und zusätzliche Aufgaben = zusätzliche Finanzmittel“, dass diese Beschaffungen nicht mehr zu Lasten eines finanziell nicht aufgestockten Polizeihaushaltes gehen und durch Personalabbau oder Einsparungen im Sachmittelbereich gegenfinanziert



© Fa. Ulbrichts Witwe



werden. Ebenso sind die Polizeibehörden vor Ort offenbar auch nicht in der Lage, derartige Kosten zu übernehmen.

Für den alltäglichen Streifen-dienst ist die Beschaffung von Bodycams noch immer nicht abgeschlossen und die Frage der Ausstattung mit Tasern ist noch nicht zu Ende gedacht und daher nicht erfolgt. Die Deutsche Polizeigewerkschaft findet es befremdlich, dass es

ausgiebige Testversuche in anderen Bundesländern gibt und gab, dort auch Einsatzmittel entsprechend beschafft wurden und Niedersachsen erst seine eigenen „Erfahrungen“ machen muss, bevor es an die Beschaffung geht. „Polizei ist schön und Ländersache?“, aber es gilt hier der Spruch von Moliere: „Wir sind nicht nur für unser Tun verantwortlich, sondern auch für das, was wir nicht tun.“ ■



© Jannik Sabzog

> Survivor R und der „alte“ Sonderwagen (SW) 4

> Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

Wir gratulieren im März

[Redacted names and congratulatory messages for March]



© Thomas Plate